

## 3.2NEU Brandenburg - gibt's das auch digital? Digitalisierung

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

Status: Modifiziert

1 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher  
2 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu  
3 machen und Teilhabe zu stärken. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung, des  
4 Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer größerer Lebensbereiche durch Firmen und den  
5 Staat. Wir wollen daran mitwirken, die Chancen zu nutzen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues  
6 ausprobiert wird fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich  
7 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen.

8  
9 Große Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine  
10 breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten geschaffen werden. Bei staatlichen Projekten gilt  
11 für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um  
12 überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B.  
13 Smart-City-Projekte müssen von Anfang an Betroffene sehr intensiv einbinden, damit sie tatsächlich den  
14 Bürger\*Innen nutzen. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole, Abhängigkeiten und  
15 Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten Leben.

### 16 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

17 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.  
18 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets  
19 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein  
20 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als  
21 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine Teilhabe auch technisch möglich sein.  
22 Daher lehnen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche  
23 Up- & Downloadgeschwindigkeiten) ab und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der  
24 Netzneutralität ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau  
25 von Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land durch  
26 den weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

27 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voran zu bringen. Statt eine  
28 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen  
29 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und  
30 Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbits in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jeder einzelne  
31 Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen die  
32 Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der  
33 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie  
34 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden können sehr effektiv zu einer flächendeckend  
35 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

36 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten  
37 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren  
38 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von  
39 Bürgerinnen und Bürgern wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei  
40 ist uns besonders wichtig, dass sich Einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der  
41 Netzausbau profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

42 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig  
43 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Ausspielen der Breitbandversorgung gegen den  
44 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.  
45 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei wichtigen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen wir  
46 Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen.

47 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn  
48 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

49 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. Mobilfunk „Gipfel“ zwischen der  
50 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein  
51 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich bei  
52 zukünftigen Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung der Netzbetreiber nicht allein  
53 an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen Verkehrswegen orientiert. Zudem  
54 muss bei der Bundesnetzagentur die Mobilfunkversorgung als Universaldienstleistung – also  
55 Daseinsvorsorge – eingestuft werden.

#### 56 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

57 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.  
58 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf  
59 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)  
60 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

61 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden  
62 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen, wir wollen dies ändern.  
63 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger\*Innen aber darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten  
64 ordentlich umgegangen wird.

65 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der  
66 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten  
67 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und  
68 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.  
69 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend  
70 des gesetzlichen Auftrags endlich auch personell möglich werden.

71 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch  
72 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. (siehe auch Kapitel Freiheit  
73 und Sicherheit.

#### 74 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

75 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger\*Innen und  
76 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher  
77 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte  
78 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle  
79 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen. (siehe Transparenzgesetz im  
80 Kapitel Demokratie).

81 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit  
82 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen ist für uns dabei aber  
83 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden  
84 muss.

85 Ein Ansatz um Bürger\*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das  
86 "Once-Only-Prinzip", bei dem bei Behörden bereits vorhandene Daten von Bürger\*Innen nicht erneut

87 angegeben werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner  
88 Behörden, die regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller\*Innen pflegen zu erproben.

### 89 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

90 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,  
91 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und  
92 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,  
93 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeitern, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen auf  
94 allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den IT-Dienstleister  
95 ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als Kompetenzzentrum aufbauen. Da  
96 Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf  
97 Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

98 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards,  
99 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards  
100 zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen ist eine "No-Spy-Klausel" einzuführen, damit Anbieter, die mit  
101 ausländischen Geheimdiensten u.Ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.  
102 Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten ist grundsätzlich durch Verschlüsselung abzusichern. Bei  
103 der Kommunikation mit Bürger\*innen und Wirtschaft ist dies anzubieten. Wie vergangene Skandale zeigen,  
104 muss außerdem sehr viel größere Sorgfalt bei der Vergabe von Zugriffsrechten gepflegt werden, um  
105 Missbrauch zu verhindern.

106 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige  
107 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend  
108 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, bspw. in einem Zusammenschluss  
109 mehrerer betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen  
110 kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es bspw. schon Schleswig-Holstein  
111 beschlossen hat. Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können,  
112 wollen wir, dass die Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten  
113 von zentralisierten Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu  
114 vermeiden.